

Mitteln gebunden zu werden, so daß aus allgemeinen Reichs- und Staatsmitteln lange Zeit hindurch sehr erhebliche Vorschüsse gewährt werden mußten, um jeweils rechtzeitig den örtlichen Bedarf zu befriedigen. Die Umwege der öffentlichen Gelder müssen, abgesehen von den Mehrkosten einer solchen Finanzgebarung, besonders deshalb die Beachtung auf sich ziehen, weil sie allzu leicht zu einer Ansammlung und Hortung von Fonds verleiten. Einige Beispiele mögen auch dies erläutern. Die gewiß auf Reservebildung angewiesenen Sozialversicherungen haben im Jahre 1927 Überschüsse von 624 Millionen Mark insgesamt in den wenigen Jahren nach der Inflation schon ein Vermögen von etwa 2,6 Milliarden angesammelt, während vor dem Kriege in langen, langen Aufstiegsjahren sich ein Fonds von nur 3,5 Milliarden Mark gebildet hatte. Aber gerade in den jetzigen Wiederaufbaujahren dürfte statt zu großer Fondsbildung eine Verminderung und bessere Anpassung der zu erhebenden Sozialbeiträge an den tatsächlichen Bedarf am Platze sein zur Schonung der mit den Beiträgen belasteten Wirtschaft, die jeden zu viel erhobenen Pfennig dringend entbehrt. Auch bei der Hauszinssteuer wird infolge mangelnder Publizität in weiten Bevölkerungskreisen eine überstarke Reservebildung angenommen. Interessant mag jedenfalls die Schätzung sein, daß, wenn die Hauszinssteuer bis 1945 erhoben würde, bei den Preussischen Gemeinden aus dem Zins- und Amortisationsdienst der Hauszinssteuerhypotheken sich nicht weniger als etwa 7 Milliarden Mark ansammeln. Es bleibt abzuwarten, wie diese Summen, die etwa zwei Drittel des Nominalkapitals aller Berliner Börsenwerte ausmachen, später Verwendung finden sollen, nachdem der Wohnungsbedarf befriedigt ist. Diese wenigen Beispiele lassen schon deutlich erkennen, daß die Dezentralisation, Art der Finanzgebarung und für die heutigen Verhältnisse zu starke Reservebildung öffentlicher und halböffentlicher Stellen mitverantwortlich zu machen ist für den überaus schweren Druck, der auf dem Steuerzahler lastet, ebenso wie für die starke Verknappung der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden liquiden Mittel. Man wird zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß die von der Privatwirtschaft als notwendig erkannte und bereits vorgenommene Rationalisierung auch für die öffentlichen Verwaltungsstellen von großem praktischen Nutzen sein könnte.

Diese Ausführungen sind ein sehr beachtlicher Beitrag zu dem Thema Kapitalbildung. Es erfolgt schon eine nicht unbedeutende Kapitalbildung in Deutschland, aber vorwiegend nur in Gestalt solcher überspannter Fondsbildung aus öffentlichen Geldern, während die Wirtschaft am allernötigsten Betriebskapital bitterste Not leidet. Die Reparationsverpflichtungen werden praktisch gegen Auslandanleihen verrechnet, die die kapitalentblökte deutsche Wirtschaft zur Durchführung ihrer Rationalisierung notgedrungen aufnehmen muß. Die öffentliche Schuld wandelt sich so lediglich in eine kommerzielle um. Gleichzeitig werden aber öffentliche Fonds aufgehäuft, der Wirtschaft selbst jedoch wird durch Steuern und Soziallasten jede Kapitalbildung unmöglich gemacht. Das kann nur einmal ein Ende mit Schrecken nehmen. Alfred Lansbourgh hat nur zu sehr Recht, wenn er kürzlich forderte, die Diffamierung der Kapitalbildung müsse endlich aufhören, und auch Dr. Gestrich hat Recht, wenn er jetzt an den Bankiertag in Köln die Mahnung richtete:

Wenn heute von allen Seiten unter den verschiedensten Gesichtspunkten die Tendenzen sich häufen, die Wirtschaft »zu organisieren«, von der einen Seite, weil man den Konkurrenzkampf und seine Risiken scheut, von der anderen Seite, weil man glaubt, auf diese Weise zu einer »Wirtschaftsdemokratie« zu kommen, so läuft doch alles dies auf eine furchtbare Bürokratisierung, auf das Herrbild einer Sozialisierung der Wirtschaft hinaus. Kein Zweifel, daß in einem solchen Organisationsungetüm auch die Banken ihr Plätzchen finden würden. Aber sie würden nicht viel mehr als große Kassen und Abrechnungsstellen sein. Das alte Bankgeschäft, das durch die Bereitstellung und Lenkung der Kapitalien zum tüchtigsten Unternehmer eine wesentliche Voraussetzung der großen wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert und auch in dem Jahrzehnt bis zum Beginn des Krieges war, würde damit tot und erledigt sein. Wir wissen heute noch nicht, ob wir nicht tatsächlich Schritt für Schritt in eine derartige Stagnation hineingeraten. Aber wir glauben, daß man dagegen kämpfen kann und sollte bis zum äußersten. Wenn die Bankiers in diesem Sinne ihre Stimme erheben würden, so wäre dies sehr verdienstlich.

Wir werden in der Tat vermutlich den freien, verantwortungsbereiten Unternehmer noch sehr nötig haben. Nur er, niemals eine bürokratisierte Wirtschaft dürfte den Anforderungen gewachsen sein, die sich bei einer Verschlechterung der Konjunktur ungeahnt steigern müssen. Die Dresdner Bank hat, wie kürzlich in der »Industrie- und Handelszeitung« zu lesen war, eine Untersuchung angestellt über die Bedeutung der Vereinigten Staaten für den Ablauf der Weltkonjunktur und die Konjunkturlage der Vereinigten Staaten sowie der wichtigsten Industrieländer Europas seit dem Jahre 1921. Sie kommt dabei zu folgendem interessanten Ergebnis: Amerika weist auf: in Jahren der Hochkonjunktur eine starke Zunahme des Fertigwareneports und des Rohstoffimports, dagegen eine Abnahme des Kapitaleports; in Jahren der nachlassenden Konjunktur eine Abnahme oder mindestens eine Verlangsamung in der Entwicklung des Fertigwareneports und des Rohstoffimports, dagegen eine Zunahme des Kapitaleports. Die Veränderungen der Warenbewegung vollziehen sich fast ausschließlich im Verkehr mit den außereuropäischen Ländern. Da Europa gerade an einer möglichst weitgehenden Ausschaltung amerikanischer Konkurrenz bei der Ausfuhr seiner Fertigwaren sowie bei der Einfuhr der von seiner Industrie benötigten Rohstoffe einerseits und an der Einfuhr amerikanischen Kapitals andererseits interessiert ist, ergibt sich, daß für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft der Zustand der Depression in Amerika größere Vorteile bietet als der der Hochkonjunktur. Diese Tatsache wird auch durch den Umstand bestätigt, daß, nachdem sich die Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege und der großen Nachkriegskrise 1920 bis 1921 einigermaßen stabilisiert haben, den Hochkonjunkturjahren in Amerika stets gerade Depressionsjahre in den wichtigsten Industrieländern Europas und umgekehrt den Depressionsjahren in Amerika Hochkonjunkturjahre in Europa entsprachen, wobei die Abhängigkeit der europäischen Konjunktur von der amerikanischen noch durch den Umstand besonders unterstrichen wird, daß die der jeweiligen amerikanischen Konjunkturphase entsprechende Gegenphase der europäischen Konjunktur stets etwas später als die erstere einzutreten pflegt. So entsprach dem Hochkonjunkturjahr 1922/23 in Amerika das Depressionsjahr 1923 in Europa, dem Depressionsjahr 1923/24 in Amerika das Hochkonjunkturjahr 1924/25 in Europa, dem Hochkonjunkturjahr 1925/26 in Amerika das Depressionsjahr 1926 in Europa und dem Depressionsjahr 1927 in Amerika das Hochkonjunkturjahr 1927/28 in Europa. Was den augenblicklichen Stand der amerikanischen Konjunktur betrifft, so ist anzunehmen, daß diese sich nach Überwindung der durch die Diskontpolitik der Bundesreservebanken verursachten mehr vorübergehenden Schwierigkeiten weiterhin günstig entwickeln wird; eine gewisse Erholung hat sich ja bereits seit dem Frühling dieses Jahres angebahnt, und es ist nicht zu erwarten, daß die erwähnten Schwierigkeiten sie für eine längere Zeit oder etwa endgültig unterbrechen werden. Entsprechend der oben festgestellten Gegenfälligkeit zwischen der Entwicklung der amerikanischen und der europäischen Konjunktur mehrten sich dagegen in Europa die Merkmale einer rückgängigen Entwicklung.

Das Institut für Konjunkturforschung machte schon Anfang August in seinem Wochenbericht darauf aufmerksam, daß die Zahl der Arbeitsuchenden im Juli zum ersten Male höher war als zur gleichen Zeit des Vorjahres, während sie sich bisher stets unter dem jeweiligen Vorjahresstande gehalten hat. In den nächsten Monaten kann nach seiner Ansicht mit einer wesentlichen Entlastung des Arbeitsmarktes kaum mehr gerechnet werden. Zwar dürfte sich der Arbeitsbedarf in den Saisonberufen bis zu den Herbstmonaten noch leicht erhöhen. Da jedoch in den übrigen Gewerbezweigen nach der gegenwärtigen Konjunkturlage eine wesentliche Zunahme des Bedarfs an Arbeitskräften nicht mehr erwartet werden kann, dürfte die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden höchstens noch um so viel zurückgehen, als von den Saisonberufen Arbeitskräfte aufgenommen werden. Im bisherigen Verlauf des Jahres (von Ende Januar bis Ende Juni) hat sich das Angebot an Arbeitskräften in den Saisonberufen von 1 278 000 auf 557 000, d. h. um 721 000 verringern können, im Jahre 1927 in der gleichen Zeit von